

# Epilepsieverband fordert mehr Beratungsstellen

Betroffene und Experten plädieren in Trier für eine flächendeckende politische Unterstützung für Patienten und ihre Angehörigen.

**TRIER** (red) Mit mehr als 80 Besuchern war die Zentralveranstaltung zum Tag der Epilepsie in Trier sehr gut besucht. Die Deutsche Epilepsievereinigung (DE) hatte hierzu gemeinsam mit der Trierer Epilepsie-Selbsthilfegruppe SAAT und dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in deren Tagungs- und Gästehaus eingeladen. Dieses Jahr stand der seit 22 Jahren begangene Aktionstag unter dem Motto „Epilepsie – und jetzt?“ und rückte die Menschen in den Mittelpunkt, bei denen gerade erst eine Diagnose gestellt worden ist und deren Leben – und das ihrer Angehörigen – dadurch oft erschwert wird.

Die Schirmherrin des Tags der Epilepsie, Bundesjustizministerin und ehemalige Bundessozialministerin Katarina Barley, und der Trierer Oberbürgermeister Wolfram Leibe sprachen der Deutschen Epilepsievereinigung sowie der Selbsthilfe im Allgemeinen ihren Respekt

für die Arbeit zum Wohl der Patienten aus. Sie nahmen auch die Resolution der Selbsthilfeverbände Epilepsie in Deutschland (siehe Info) entgegen, in der der flächendeckende Aufbau von gesetzlich gesicherten Beratungsstellen für Menschen mit Epilepsie und ihre Angehörigen gefordert wird. Sybille Burmeister, stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Epilepsievereinigung, erklärte, dass dieses Thema die DE in der nächsten Zeit beschäftigen werde. Ministerin Barley versprach, dass sie sich in Berlin für mehr Beratungsstellen einsetzen wolle. Peter Brodisch, Leiter der Epilepsieberatung in München, betonte, dass die Epilepsie-Beratungsstellen hohe Folgekosten sparen könnten und sich die Ausgaben der öffentlichen Hand dadurch rasch ausgleichen ließen.

Nach Impulsvorträgen zu Diagnose und Standardtherapien bei Erwachsenen und Kindern am Vor-

mittag gab es eine rege Fragerunde des Publikums mit den Experten. Am Nachmittag tauschten sich erfahrene Selbsthelfer auf dem Podium mit den Gästen aus. Darunter waren Prof. Dr. Matthias Maschke, Chefarzt Neurologie im Brüderkrankenhaus, und Dr. Christa Löhr-Nilles (Klinikum Mutterhaus der Barmherzigen Trier). Moderiert wurde die Veranstaltung von Gabriele Juvan. Die Sparda-Bank-Südwest überreichte einen Scheck über 2000 Euro. Die Sparda-Bank-Südwest spendete 2000 Euro. Zahlreiche Institutionen hatten Informationsstände beim Tag der Epilepsie aufgebaut, unter anderem die Deutsche Gesellschaft für Epileptologie (DGfE), die Stiftung Michael und das Projekt Berufliche Teilhabe bei Epilepsie (TEA), welches ebenfalls von Peter Brodisch geleitet wird. Die nächste Zentralveranstaltung zum Tag der Epilepsie findet am 5. Oktober 2019 in Rostock statt.

## INFO

### Diese Resolution wurde verabschiedet

Betroffene und ihre Angehörigen bräuchten laut Resolution vor allem Beratung zu den sehr speziellen und oft weitreichenden psychosozialen und rechtlichen Folgen der Diagnose. Die Verbände der Epilepsieselbsthilfe in Deutschland – darunter die Deutsche Epilepsievereinigung (DE) und der Bundeselternverband Epilepsie (Ebe) – fordern die flächendeckend gesetzlich gesicherte Einrichtung von Epilepsie-Beratungsstellen. Dafür, so die Verbände, reiche das Angebot normaler Lebensberatungsstellen und Integrationsfachdienste nicht aus. Diese müssten für jeden Patienten kostenlos zugänglich sein – unabhängig von einem stationären Aufenthalt in einer Klinik, einer Behandlung bei einem niederge-

lassenen Arzt oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Krankenkasse. Ihr Angebot solle idealerweise Beratung zu Themen wie Führerschein, Beruf und Berufsfindung umfassen. Aber auch Beratungs- und Schulungsangebote für Betroffene und Angehörige sowie für Schulen, Kindertagesstätten, Arbeitgeber und so weiter sollten enthalten sein, so die Forderung. Das Spektrum reiche bislang von flächendeckenden Angeboten bis zu vereinzelt und zum Teil sehr spezialisierten Beratungsmöglichkeiten in Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Die Finanzierungsmodelle in den einzelnen Bundesländern seien unterschiedlich. Zudem herrsche dort, nach Meinung der Verbände, oft eine zeitliche Begrenzung. Epilepsie ist nach Migräne die

zweithäufigste chronische Krankheit des Zentralen Nervensystems. In Deutschland gebe es mehr als 500 000 Menschen mit einer Form der Epilepsie. Mangelndes Wissen und Vorurteile in der Bevölkerung könnten der Ansicht der Experten nach zu Schamgefühlen und Angst führen, sowie zu sozialem Rückzug, zur Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit bei den betroffenen Menschen. Um das Leben von Epileptikern zu erleichtern, wird in der Resolution für alle Bundesländer eine professionelle Ausstattung – nach den vom Verein für Sozialarbeit bei Epilepsie erarbeiteten und von der Deutschen Gesellschaft für Epileptologie (DGfE) anerkannten Standards – gefordert. Informationen unter Telefon 030/342 44 14 Fax: 030-342 44 66 oder per E-Mail an [info@epilepsie-vereinigung.de](mailto:info@epilepsie-vereinigung.de)